



Nachrichten

Unabhängige Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Liebe Leser,

Mehrere Wochen nach unserem unerwarteten, dennoch erhofften Wahlerfolg möchten wir all' denen danken, die ihre Stimme unserer jungen "Wählergemeinschaft" gaben.

Dieses war ein Entschluß, der sicherlich nicht erst in der Wahlkabine getroffen wurde

Mit unserem engagierten Wahlkampf auf der Basis unseres Grundsatzprogrammes, haben wir erreicht, immerhin 8,8 % aller GM-Hütter Wählerstimmen auf uns zu vereinigen.

Aber haben unsere interessierten Leser nicht schon seit langem auf ein neues Informationsblatt der UWG gewartet?

Ja, sie haben länger als wir es selbst für möglich hielten warten müssen. Die Begründung liegt darin, daß wir nach der Wahl eine Menge Arbeit hatten, z.B. Bildung von Arbeitskreisen, die unsere Ratsmitglieder unterstützen sollen, Wahl eines neuen Vorstandes usw.usw.

Ein weiterer Grund ist, daß wir in der Kommunalpolitik noch keine "alten Hasen" sind und uns erst zurechtfinden müssen.

Im "alten" Jahr sind vom Rat auch schon einige Entscheidungen getroffen worden, die unserer ganzen Aufmerksamkeit bedurften. Wir wollen hier aber nicht vorgreifen, denn unsere Ratsmitglieder werden in jeder Ausgabe über ihre Arbeit im Rat berichten.

Was nun aber unsere UWG-Nachrichten betrifft, ist vorgesehen, dieses Nachrichtenblatt im Turnus von 4 Monaten herauszugeben. Das ist sicherlich kein Optimum, aber unsere geringen finanziellen Mittel zwingen uns zum Sparen. Bei uns gibt es keine Spendenaffäre. Der Wahlkampf hat uns rund 5.000 DM gekostet.

Wir meinen, daß nicht die Quantität den Wert des Blattes bestimmt, sondern die Qualität, und die wird nicht leiden!

Sollten Sie als interessierter Leser und kritischer Bürger unserer Stadt GM-Hütte einmal den Wunsch haben, einen Artikel in unserem Blatt zu veröffentlichen, (bitte kurz) so geben wir Ihnen die Möglichkeit dazu. (Ob es Kritik an der UWG ist oder was auch immer) - schreiben Sie uns!

Friedhelm Niemann

Folgendes haben wir Ihnen zu bieten:

Ratsarbeit I	2
Feuerwehr verhinderte warmen Abriß	4
Zu billig?!	5
Teckelhagen	5
Vier Bäume	6
"Vor der Wahl"	
"Nach der Wahl"	6
Problem Bushaltestelle	7
Ratsarbeit II	7
Die "letzte" Seite	
Wir stellen vor	8

Redaktion: UWG-Georgsmarienhütte,
Jürgen Heinze, Am Wiesenbach 14



Heinrich
Bartelt

Bericht über die bisherige Tätigkeit "meiner" Ausschüsse

1. Ausschuß für Planung und Wirtschaftsförderung

Im Planungsausschuß geht es vor allem um die Vorbereitung von Maßnahmen, die die Stadt zukünftig in Angriff nehmen will.

a. In Kloster Oesede wurde im Außenbereich ein Bebauungsplan aufgestellt, der den Neubau eines Hauses ermöglichen soll.

b. Ersteres ist interessant für die Altanlieger des Teckelhagens, die selber auch bauen wollen. Ihnen wird von der CDU nämlich gesagt, sie bekämen dies nur genehmigt, wenn der gesamte Teckelhagen zum Neubaugebiet würde. In Kloster Oesede scheint dies nicht zuzutreffen.

Ansonsten ist der Bebauungsplan Teckelhagen im normalen Verfahren. Zur Zeit werden verschiedene Institutionen, die sogenannten "Träger öffentlicher Belange" dazu um Stellungnahme gebeten. Daneben wird ein Grünordnungsplan erarbeitet. Nach meiner Ansicht liebäugelt die CDU mit dem Plan, vor allem "gut betuchten" Personen das Bauen am herrlich gelegenen Teckelhagen zu ermöglichen, weil sich dadurch das Finanzaufkommen der Stadt verbessert.

Die UWG wird weiter die Teckelhagen-Bebauung zu verhindern suchen.

c. Es ist geplant, den gesamten Bereich des Oeseder Esches von Möllenkolk über den Eschweg bis zur B 51 einer Bebauung zuzuführen. Die UWG fragt sich: Wer soll in solch einem riesigen Gebiet wohnen und wohin soll das Abwasser abgeführt werden?

d. Die letzten Klöckner-Häuser oberhalb des Casinos sind vom Abriß bedroht. Die UWG wird sich dafür einsetzen, nach dem nutzlosen Abriß des Postamtes wenigstens diesen geschichtlichen Zeugen zu erhalten und einer sinnvollen Nutzung zuzuführen.

e. Führende Vertreter der Stadt versuchen nun doch, die Umgehung der B 51 wieder in die Priorität Ia zu bekommen. Die Aussagen vor der Wahl lagen da ja noch ganz anders. Die UWG macht das nicht mit.

f. Ebenso bemüht sich die Stadt jetzt darum, in Hannover Mittel zum Ausbau der L 95 bis zum Steiniger Turm zu bekommen. Es geht hier also um die Verlegung der Glückaufstraße in Kloster Oesede durch das Nordfeld.

2. Bauausschuß

a. Über die Erweiterung der Kläranlage bis auf 55.000 Einwohnergleichwerte wurde beraten und dafür mit den Stimmen der UWG entschieden. Der Bau hat bereits begonnen.

b. Seit längerem ist ein Plan zum Ausbau der Hindenburgstraße in der Beratung.

c. Der "Dröper Kirchweg" wurde wieder befestigt. Man kann nun wieder von Kloster Oesede kommend von der Straße "Am Breenbach" mit Fahrrad oder zu Fuß am Hofe Potthoff vorbei in den Oeseder Kern gelangen. Weitere alte "Pättkes" sollten in dieser Art wiederhergestellt werden.

d. Wichtig: Eine neue Erschließungsbeitragsatzung ist in Arbeit. Sie versucht, die Ungerechtigkeiten der bisherigen Satzung auszubügeln. Der Entwurf ist im Bauamt einsehbar.

e. Das gilt auch für den Entwurf einer Satzung für die Regenwasserentwässerung, welcher ebenfalls derzeit beraten wird.

f. Es sind Mittel bereitgestellt worden für den weiteren Ausbau der L 95 von Bauer Klekamp bis Möbel Wiemann. In der letzten Bauausschußsitzung wurde uns von der Verwaltung dazu ein Plan vorgestellt, in dem es insbesondere um die Entwässerung der Straße bzw. der darüberliegenden 80 ha des Esches ging.

4. Verwaltungsausschuß (VA)

Der VA ist neben dem Rat und dem Stadtdirektor (Verwaltung) das dritte Organ einer niedersächsischen Kommune. Er ist für alle die Dinge zuständig, für die die beiden anderen Organe keine Kompetenz haben. Er ist deswegen auch nicht mit den übrigen Ausschüssen gleichsetzbar.

Der VA tagt immer nichtöffentlich. Alle Beschlüsse der Ausschüsse müssen vom VA genehmigt werden ehe sie in den Rat gehen. Hier wird z.B. auch über Widersprüche von Bürgern (Erschließungsgelder) entschieden, über Eilangelegenheiten oder Unklarheiten zwischen den Ausschüssen.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß es uns als völlig neuer

Fraktion viel Arbeit macht, allen Angelegenheiten die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Die Beurteilung mancher Fragen ist für uns jetzt in der ersten Zeit noch recht schwierig, weil uns häufig das Wissen um Hintergründe und Vorgeschichte bestimmter Vorgänge fehlt. Darum sind wir auch sehr dankbar, daß Bürger mit uns in Kontakt treten, wenn es um die Durchsetzung ihrer Anliegen geht.

Unsere Unabhängigkeit von anderen Parteien und Interessenverbänden hat aber den großen Vorteil, daß wir uns in unseren Entscheidungen tatsächlich nur vom Wohl der Allgemeinheit leiten lassen brauchen. Wir wollen versuchen, dieser Linie treu zu bleiben.

3. Kulturausschuß

Der Kulturausschuß hat sich bisher erst einmal in eigener Sache getroffen. Dabei ging es um Zuschüsse an bestimmte Organisationen und um die Verabschiedung des Kulturprogramms 1982. Ich habe gegen das Programm gestimmt, weil ich einige Veranstaltungen davon nicht unterstützen konnte, meinem Antrag auf Einzelabstimmung aber nicht stattgegeben wurde.

Ich meine, statt auf Stadtebene eine Kultur "künstlich" aufbauen zu wollen, sollte mehr Gewicht darauf gelegt werden, unsere einzelnen Stadtteile "lebendig", eigenständig und interessant zu erhalten. Wenn die GMütter Bürger feiern, bestätigen und beteiligen sich an Veranstaltungen am liebsten dort, wo sie auch wohnen.

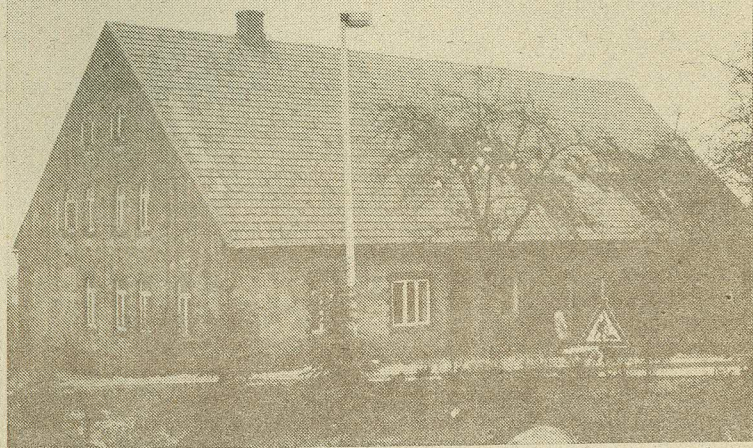
Feuerwehr verhinderte warmen Abriß!

In der Nacht zum Freitag, den 5. Februar brannte der ehemalige Bauernhof Kuckmeyer im Hakeneschfeld in Oesede. Dank des schnellen Einsatzes der Freiwilligen Feuerwehren aus GMHütte konnte das Feuer sehr schnell gelöscht werden, so daß nur relativ geringer Sachschaden entstand; (es wurde lediglich das Dach an drei Stellen beschädigt). S. Foto. Nachdem bereits von der Feuerwehr als Ursache des Feuers Brandstiftung vermutet wurde, schaltete sich auch die Osnabrücker



Nutzung des Gebietes verschwunden und ein weiteres Stück Oeseder Geschichte gefallen.

Dazu fällt uns ein, was ein jetziger Ratscherr der CDU 1978 zum damals bevorstehenden Abriss der alten Post an der L 95 in Alt-GMHütte schrieb: "Das Verständnis von Sanierung hat sich angesichts der Vernichtung unersetzlichen Kulturguts im Namen der Sanierung = (Heilung, Gesundung) geändert. Dem muß die Planung sich anpassen.



Kriminalpolizei ein. Deren Ermittlungen ließen bis heute kein anderes Ergebnis bekanntwerden.

Schon am Samstag erfuhren wir, daß für den kommenden Montag der Abriss des Hofes geplant sei. Tatsächlich rollte am Montag der Bagger der Firma Dieckmann an und machte das Gebäude dem Erdboden gleich.

Damit ist auch in diesem Teil der Stadt das letzte Zeugnis der ehemaligen landwirtschaftlichen

Deshalb sollten alle Bürger, denen das Bild unserer Stadt am Herzen liegt, insbesondere aber unsere Stadtväter, sich ebenfalls fragen und vernehmlich äußern, ob der Abriß dieses Gebäudes wirklich notwendig ist.

Um die Bausubstanz zu erhalten, sollte die Stadt das Gebäude erwerben, da nur so die Erhaltung gewährleistet werden kann."

Werner Schmigelski in "Stadt im Werden", Ausgabe vom 25.2.1978

G. Spata

Zu billig?!

Am 12.2.1982 fand in der Sporthalle der Michaelisschule eine Karnevalveranstaltung für Jugendliche statt.

Der Initiator dieser Veranstaltung war der Stadtjugendring. Hierzu wurden zwei Gruppen verpflichtet, einmal "Neil London" als Hauptgruppe, zum zweiten "Little Willie an the Boppers" als Vorgruppe.

Hier setzt unsere Kritik an: Es hatte sich auch eine GMHütter

Teckelhagen...

Ihr großes Interesse sollte der Umweltschutz sein. Doch nach den ersten Sitzungen unserer neuen Ratscherrn stellt man wieder einmal fest, daß die Wahlsprüche der GMHütter CDU, insbesondere des Bürgermeisters, wieder nur ein Schildbürgerstreich waren. Wie es scheint, daß gewisse CDU-Ratscherrn hier ihre eigene Politik betreiben, will ich am Beispiel "Teckelhagen" deutlich machen.

Dieses ökologisch wie biologisch wertvolle, dem Dütetal vorgelegerte Hochtal, das sich am Waldrand des Rehrenberges unter landwirtschaftlichen Voraussetzungen über Jahrhunderte langsam entwickelt hat, soll, wenn es nach dem Willen dieser CDU-Ratscherrn geht, bebaut und versiegelt werden, ein Zeichen von Plan- und Verantwortungslosigkeit, denn es dient heute zur Regenerierung und Sauerstoffanreicherung der Luft vor den vorhandenen riesigen Wohngebieten.

Ursprünglich wollte Bauer Menkhaus seine ideal gelegenen landwirtschaftlichen Flächen nicht verkaufen: "De krieget van mi ken Quadratmeter". Aber Bürgermeister Siepelmeyer trotzte ihm als Verhandlungsführer für die Stadt doch die Grundstücke ab mit der Verpflichtung, ihm seine Flächen am Teckelhagen mitabzukaufen.

Rockgruppe darum beworben, auf dem Fest aufzuspielen. Die Hütter Gruppe war anscheinend nicht unverschämt genug im Preis, denn während nach unseren Informationen Little Willie für ihren Auftritt 3.500 DM bekamen, veranschlagte die Hütter Rockgruppe lediglich eine Gage von 800 DM. Wir sind erobert darüber, daß man nicht gleich gute GMHütter Gruppen für solche Festivalitäten verpflichtet, hinzu kommt noch die finanzielle Einsparung von in diesem Fall 2.700 DM.

Rockmusikinitiative GMHütte.

Dort selbst zu bauen, war ihm vorher abgelehnt worden mit der Begründung, daß es sich um landwirtschaftliche Flächen im Außenbereich handele.

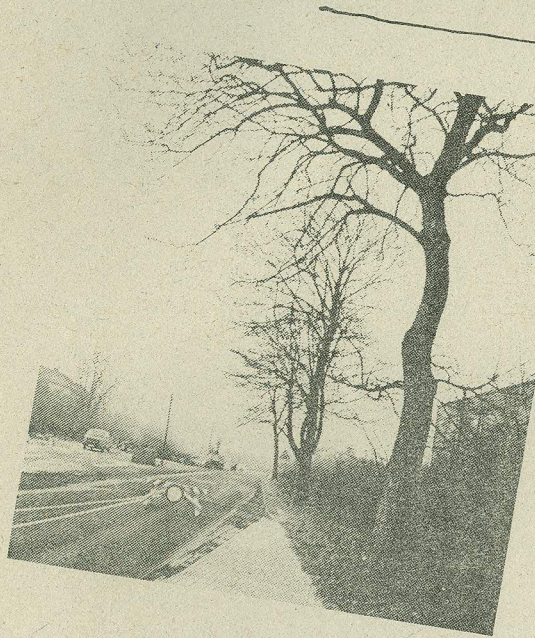
War noch für das Hakeneschfeld der NILEG die Bauträgerschaft vom Rat zugesprochen worden, wurde für das Menkhausfeld die Bau- und Erschließungsgesellschaft Stephanswerk beauftragt. Gleichzeitig sagte die Stadt dem Stephanswerk vertraglich die Bebauung des Teckelhagen zu, was heute immer wieder als Verpflichtung gegenüber dem Stephanswerk herangeführt wird, dort bebauen zu müssen. Wie Urteile des Bundesgerichtshofes jedoch bestätigen, ist ein solcher Vertrag eindeutig nichtig. Die Zusage, die den neuen Rat verpflichten soll, einen Bebauungsplan aufzustellen, ist rechtswidrig.

Wenn man bedenkt, daß die Grundstücke der Landwirte Menkhaus und Quirl für unter 20 DM/qm angekauft wurden, im Menkhausfeld aber schon einschließlich 35 DM/qm Erschließungsgebühren ab 125 DM/qm von der Baugesellschaft Stephanswerk angeboten wurden, muß man dann nicht sagen, daß hier ein verantwortungsloses Geschäft mit der Landschaft getrieben wird? Wo ist die Differenz geblieben? Ist dieses etwa eine eigennützige Baupolitik? Jedenfalls scheint das Interesse des Bürgermeisters und seiner engsten Ratsbrüder groß, mög-

lichst viel Landschaft wie Landwirtschaft zu vermarkten.

Ein von den Bürgern am 12.11.1981 gestellter Antrag mit Begründung und 300 Unterschriften gegen die Bebauung des Teckelhagen wurde bis heute nicht berücksichtigt. Auf die angedeutete Möglichkeit eines Grundstückstausches zur Bewahrung der Landschaft wurde von Verwaltung/Siepelmeier/Elixmann ebenfalls nicht eingegangen.

Nach wie vor scheint es also, als trieben gewisse CDU-Ratsherren ihre eigene Politik. Hier muß



Das ist Umweltschutz in Georgsmarienhütte

Vier 80 Jahre alte Bäume an der L 95 in Alt-GMHütte versehentlich gefällt!?

150 Tage nach der Wahl!..

Vor der Wahl wurde viel versprochen: "Verkehrsberuhigung";

"Bürgernähe"; B 51 Verlegung frühestens in 10 Jahren"!!!

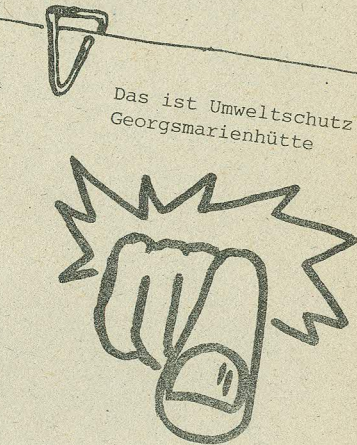
"Umweltschutz wurde als wichtigste Aufgabe aller Parteien rausgestellt"; Ausländerprobleme angehen durch Ausländerbeirat".

endlich Einhalt geboten werden.

Die Auftritte besonders des Ratsherren Lunte zeigen, daß der neugegründete Umweltausschuß es schwer haben wird, sich durchzusetzen und zu zeigen, daß diese Gründung nicht ein Bluff von Wahlaussagen war, sondern ein Instrument ist, daß unsere Wohn- und Lebensqualität erhalten und verbessern soll.

Wann fallen unseren Ratsherren endlich die Schuppen von den Augen?

Helmut Westerbusch, Teckelhagen 35



Nach der Wahl:
Bebauung :Teckelhagen
Verkehrsberuhigung: Fehlanzeigen
B 51-Verlegung wieder aktuell
Wo bleibt der Ausländerbeirat??
Schwerpunkt in der nächsten Ausgabe:
Verkehrsplanung/Verkehrsberuhigung in GMHütte !!!

Bereits vor der Wahl im Programm der UWG: Fernwärmenutzung durch die Klöckner-Werke . . .

. . .es soll in diesem Jahr damit begonnen werden. Wir finden es eine gute Sache!

Problem Bushaltestelle ...

Die UWG stellte einen Antrag auf Verlegung der Bushaltestelle für die Kinder der Orientierungsstufe Alt-GMHütte, damit die Kinder nicht in den verkehrsreichen Zeiten zwei Straßen überqueren müssen, was besonders im Winter sehr gefährlich sein kann.

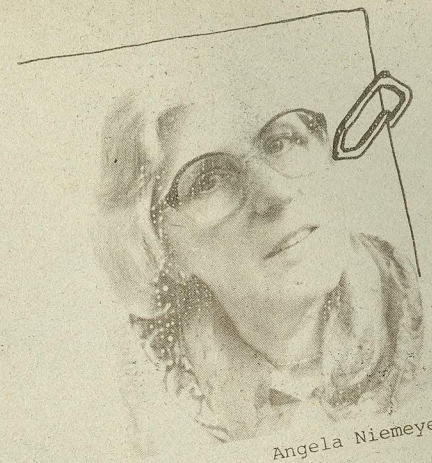
Mit Fotos konnten wir die Gefährlichkeit der jetzigen Haltestelle und das unachtsame Verhalten der Kinder belegen; zufällig wurde ich selbst zweimal morgens Zeuge dieser Situation.

Die Verwaltung der Stadt bestätigte im Prinzip die Notwendigkeit, diese Situation zu ändern. Mit der Begründung, die Busse würden bei dem starken Gefälle der Hermannstraße aufsetzen, wurde jedoch eine Verlegung abgelehnt.

Tatsache ist, daß es unweit der von uns vorgeschlagenen neuen Haltestelle eine Bushaltestelle gibt, die täglich angefahren wird. Wir frage uns nur, wie diese Busse dort hin- bzw. wegkommen.

Ein großer Anteil der 10- bis 12-jährigen Kinder, die zur O-Stufe fahren, kommen aus dem Ortsteil Holzhausen, so daß es mir ein besonderes Anliegen war, hier eine Änderung zu erreichen. Gerade ist eine Werbeaktion der Johannis-Schule Osnabrück im Gespräch. Es wäre kein Wunder, wenn sich gerade Eltern aus Holzhausen mehr und mehr entschließen würden, ihre Kinder nach Osnabrück zu schicken, da der Busverkehr von und nach Osnabrück günstiger ist.

Angela Niemeyer



Angela Niemeyer

Bericht über die Ratsarbeit

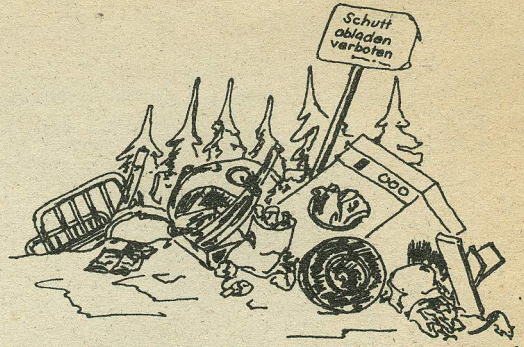
Drei Monate liegen nun hinter uns, langsam füllen sich Aktenordner mit Unterlagen. Wenn wir auch der "David" im Rat sind und uns manches vorenthalten wird, so bekommen wir doch zumindest genau soviel Papier wie andere Ratsherren (ich komme kaum noch dazu, den Kirchenboten zu lesen).

Sozial-, Finanz- und Werksausschuß sind mein Bereich; manches ist mir vertraut, vieles muß ich nach und nach kennenlernen. Der Herr Bürgermeister hat mir auch schon gesagt, daß ich niemals alles wissen werden, dazu sei der liebe Gott da (und vielleicht auch noch der Bürgermeister?). Also verlasse ich mich auch noch etwas auf ihn (den lieben Gott).

Im Finanz- und Werksausschuß wurden zu Ende und Beginn des Jahres hauptsächlich Haushaltsplan und Satzungen beraten. Die Erhöhung des Wasserpreises war nicht zu umgehen. Von besonderem Interesse dürfte sein, daß ein Fernwärmeprojekt mit Zuschüssen von Bund und Land geplant wird.

Im Sozialausschuß ging es oft um Anträge gemeinnütziger Einrichtungen und Vereinigungen wegen Zuschussung, über die meist positiv entschieden wurde.

DIE „LETZTE“ SEITE



Das Jugendzentrum Georgsmarienhütte

Müll gehört nicht in den Wald !!!

Das Jugendzentrum Georgsmarienhütte - 2 1/2 Jahre unter Selbstverwaltung, dann 1 1/2 Jahre geschlossen, seit nunmehr fast 2 Jahre unter städtischer Verwaltung - wie stellt es sich heute dar?

Die ehemals zahlreichen Stammbesucher des Selbstverwalteten Jugendzentrums (SJZ) blieben nach der Neueröffnung fern, aus Verbitterung über die Schließung, aus Enttäuschung über die leeren Versprechungen von Rat und Verwaltung, die während der Dauer der Schließung untätig blieben. Viele Jugendliche waren auch einfach zu alt geworden, um noch als Besucher in Frage zu kommen.

Objektiv bot, das Haus bei der Eröffnung am 29. April 1980 viele Möglichkeiten, für Jugendliche, sich innerhalb der Einrichtung aktiv zu betätigen. Auch die neuerstellte Satzung bot den Besuchern ein Mitwirkungsrecht bei Programmgestaltung, personellen Fragen usw.

Die Mitbestimmungsorgane sind a) die Vollversammlung:

Sie setzt sich zusammen aus allen Jugendlichen der Stadt und einem städtischen Vertreter. Sie legt als oberstes Beschlussorgan die Aktivitäten im JZ verbindlich fest.

b) der Hausrat:

Er besteht aus drei von der VV für ein Jahr gewählten Jugendlichen, dem Stadtjugendpfleger, den hauptamtlichen Mitarbeitern und einem Vertreter des Stadtjugendringes. Der HR führt die Beschlüsse der VV aus und ist direkter Ansprechpartner der Besucher. Die wöchentlich stattfindenden Hausratssitzungen sind öffentlich.

Jedoch § 5 Abs. 2:

In Zweifelsfällen entscheidet der Stadtdirektor.

Nur zwei vorgesehene Planstellen (ein/e Jahrespraktikant/in und ein Zivildienstleistender) und der später einsetzende starke Mitarbeiterwechsel konnten zu keiner kontinuierlichen inhaltlichen Arbeit führen. Auch die zusätzliche Einrichtung einer ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme)-Stelle konnte nur kurzfristig Beständigkeit in die Arbeit bringen. Zu dieser Personalsituation kam die Tatsache, daß das JZ nur von relativ wenigen Jugendlichen angenommen wurde. Da die alten Stammbesucher aus o.g. Gründen wegfielen, mußte versucht werden, "neue" Jugendliche als Besucher und für die Mitarbeit zu gewinnen.

Dies gelang nur bedingt. Zum einen hatte das JZ, wie schon während der Selbstverwaltungsphase, unter einem negativen Image und unter Vorurteilen der Bevölkerung - vielen war das JZ schon immer ein Dorn im Auge - zu leiden. Durch einige unqualifizierte Artikel in der örtlichen Presse: "Wann geht der Ärger wieder los?" (NOZ v.1.5.80) oder "Jugendzentren ziehen den Ärger an, wie die Motten das Licht." (gleiche Ausgabe der NOZ) wurde dieses noch geschürt.

Zum anderen zeigte sich auch im JZ, daß immer mehr Jugendliche mit einigen Angeboten der offenen Jugendarbeit (Werk- und Bastegruppen, Arbeitskreise usw.) nicht viel anzufangen wußten, sondern sich mehr konsumorientiert verhielten. Das JZ wird von vielen Besuchern als reiner Konsumbetrieb gesehen, was sich darin zeigt, daß Diskothek und Filmvorführungen gut, Arbeitsgruppen dagegen schlecht besucht sind.

Als dann im Herbst 1981 die Jugendlichen einen Umbau des JZ nach eigenen Ideen durchführten und die Räume gemütlicher gestalteten, schlug sich dies positiv in den Besucherzahlen nieder. Parallel dazu wurde durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Versuch unternommen, die immer noch bestehenden Vorurteile abzubauen. Durch Kontaktaufnahme mit dem Stadtjugendring wurden auch Jugendliche angesprochen, die als Besucher bisher nicht in Frage kamen. Erste Erfolge sind eine stark frequentierte Teestube, sowie eine vermehrte Nutzung von Werkstatt, Küche und Fotolabor. Auch zeichnet sich stärkere Identifikation der Besucher mit dem JZ ab, was sich ausgedrückt in aktiver Programmgestaltung und vermehrter Teilnahme an den Hausratssitzungen. Eine lange geforderte Planstelle für eine sozialpädagogische Fachkraft, im Januar 1982 licher bewilligt, soll die Munität dieser positiven Entwicklung gewährleisten.

Da dieser Artikel die Situation im JZ nur kurz anreißen kann, soll sich der/die Leser/in hiermit aufgefordert fühlen, sich an Ort und Stelle im Gespräch mit Jugendlichen von der Notwendigkeit des JZ zu überzeugen.

Alles in Allem können wir mit einem Zitat der Rockgruppe "Fehlfaßen" schließen: "Es geht voran!"

Der Hausrat des Städtischen Jugendzentrums der Stadt Georgsmarienhütte

Redaktionsschluß :
10. März 1982